Sonnabend, 20. Januar 1923 · 71. Jahrgang Nr. 33

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzelnummer 25 M.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK“

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags u. Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung ins Haus M. 230.— wöchentlich, M. 1000.— monatlich im voraus zahlbar. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Insertionspreis die 12gespaltene Zeile Mark 500.— Kleine Anzeigen: das Wort Mark 90.—, das fettgedruckte Wort Mark 150.—. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3456; für den Fernverkehr Nr. 4267 bis 4269. Telegramm Adresse: „Vauzet“, Berlin. — Rudolf Mosse-Code. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 266, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstrasse 9, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Strasse 79, Fennstrasse 1, Müllerstrasse 135, Badstrasse 61, Königstrasse 56-57, Rosenthaler Strasse 48, Rathenower Strasse 3, Turmstrasse 61, Potsdamer Strasse 33, Leipziger Strasse 103, Zimmerstrasse 79, Blücherstrasse 69, Fidicinstrasse 9, Charlottenburg: Tauentzienstrasse 2, Kantstrasse 34, S[illegible]renstrasse 39, Nürnberger Strasse 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstrasse 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Strasse 247-48, Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmargendorf: Breite Strasse 3; Schöneberg: Hauptstrasse 23-24, Martin-Luther-Strasse 9; Steglitz: Albrechtstrasse 130, Tempelhof: Berliner Strasse 147, Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126. Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22. Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22. Potsdam: Brandenburger Str. 23. Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.

Chefredakteur: Otto Nuschke.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Arbeiterschaft gegen Poincaré

Neue Entschließungen der VSPD und der Gewerkschaften — Für alle zweckdienlichen Maßnahmen gegen die Abwehr des Unrechts

Gegen die Freunde der Völkerverhetzung

Auf Veranlassung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands tagten am gestrigen Freitag vormittag die Vorstände der sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstags und Landtags in Gemeinschaft mit Vertretern des A. D. G. B. und der Afa. In der Konferenz ergab sich vollkommene Uebereinstimmung darüber, daß die gegenwärtige gefahrdrohende Lage ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten Arbeiterschaft erfordert, und daß es Aufgabe der Arbeiterbewegung sei, alles zu tun, um die Abwehr des gewalttätigen französisch-belgischen Einmarsches ins Ruhrrevier durch zweckdienliche Maßnahmen zu unterstützen. Insbesondere war man einer Meinung darüber, daß alles unterbleiben muß, was geeignet ist, die gegenwärtige Abwehr im Ruhrgebiet zu stören und die Pläne des französischen Imperialismus zum Erfolg zu führen. Dagegen soll aber auch ein Trennungsstrich gezogen werden gegen alle nationalistischen Elemente, die den Rechtsbruch der französischen Regierung zu einer neuen allgemeinen Völkerverhetzung ausnutzen wollen. Der Kampf gegen die politische Reaktion soll nachdrücklich fortgesetzt werden.

Groener an die Eisenbahner

Verbot jeglicher Hilfeleistung für den französischen Militarismus

Der Reichsverkehrsminister Groener hat gestern nachmittag folgende Erlasse für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbahn bekanntgegeben:

I.

Die Aktion der französischen und belgischen Regierung im Ruhrgebiet stellt eine schwere Verletzung des Völkerrechts und des Vertrags von Versailles dar. Infolgedessen ist auch der Befehl des Generals Degoutte, wonach das Eisenbahnpersonal den Befehlen des kommandierenden Generals und den militärischen Gesetzen und Anordnungen untersteht, rechtsunwirksam. Das Eisenbahnpersonal ist nach wie vor lediglich den deutschen Gesetzen unterstellt und hat die deutschen Anordnungen auszuführen. Da der Reichskohlenkommissar die Lieferungen von Kohlen und Koks an Frankreich und Belgien verboten hat, habe ich folgendes angeordnet:

Den Beamten und Arbeitern der Reichsbahn ist es, den Bestimmungen des Reichskohlenkommissars entsprechend, verboten, Kohlen für Frankreich und Belgien zu befördern oder bei der Umlenkung deutscher Kohlenzüge nach diesen Ländern mitzuwirken. Entgegenstehende Befehle sind nicht zu befolgen. Die Reichsregierung wird das Personal für die hieraus erwachsenden Nachteile schadlos halten.

II.

Bei allen nicht vermeidbaren Berührungen mit der französischen und belgischen Besetzung im Ruhrgebiet haben die Eisenbahnbeamten und Arbeiter sich ausschließlich der deutschen Sprache zu bedienen.

III.

Den Beamten ist die Umkartierung von Eisenbahnwagen und die Beihilfe zu solchen Umkartierungen verboten. Gegen Zuwiderhandlungen wird eingeschritten werden.

*

Eine allgemeine Anweisung dieser Art an sämtliche übrigen Reichs- und Staatsbeamten schließt sich den Warnungen Gröners an. Die Verfügung ist vom Kanzler und den Präsidenten des preußischen, bayerischen und hessischen Kabinetts unterzeichnet.

Die Fürsorge für die Beamtenschaft

Verdoppelung der Besatzungszulage

Die Reichsregierung ist, im Einvernehmen mit den Landesregierungen bestrebt, die durch die letzten vertrags- und völkerrechtswidrigen Maßnahmen der Franzosen und Belgier verschärfte wirtschaftliche Notlage ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter in den schwer betroffenen Gebieten zu lindern. Sie hat daher mit sofortiger Wirkung die Besatzungszulage und die Zulage in den neu besetzten Gebieten verdoppelt.

Ein Bekenntnis zur Treue

In der gestrigen Vollsitzung hat der Hauptbeamtenrat der Reichsbahn eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt:

„Ein brutaler Gewaltstreich hat unter offener Verhöhnung des Völkerrechts neue und schwere Not über unser Vaterland gebracht.

Vier Jahre nach Friedensschluß werden Deutschland seine unentbehrlichen Lebensquellen abgeschnitten. Hohnlachend setzt sich frecher Hochmut über die Lebensnotwendigkeiten von 60 Millionen Menschen hinweg. Hunderttausende sind schon im Elend umgekommen, Millionen müssen noch folgen. So will es vertierte Macht.

Nur dem Militarismus, dem Kaiser und seinen Machthabern gelte der Krieg, nicht dem deutschen Volke. So betörte man im Krieg die ganze Welt. Der deutsche Militarismus ist tot. Die verantwortliche Regierung existiert nicht mehr. Der Träger der Krone lebt außerhalb Deutschlands im Exil. **Uebrig geblieben ist allein noch das arme, betrogene und halbverhungerte deutsche Volk und gegen diese wehr- und schuldlose Volk führt man jetzt Krieg. Freiheit und Menschenrechte wurden dem Volk von seinen Gegnern versprochen,** Knechtschaft und Sklavenketten für ewige Zeiten werden ihm gegeben.

In dieser Stunde der tiefsten Not legen auch sämtliche Eisenbahnbeamte durch den Hauptbeamtenrat der Reichsbahn im Reichsverkehrsministerium öffentlich davon Zeugnis ab, daß sie unerschütterlich hinter der Regierung und treu zu ihrem Vaterlande stehen. Die Deutschen zu trennen, ist das Ziel unserer Feinde; sie zu einen, soll ihr Erfolg sein.“

Die ersten Grubenstreiks

Ausstand in mehreren staatlichen Bergwerken

Essen, 19. Januar. (P. P. N.)

Der Gesamtbetriebsrat der staatlichen Gruben hat aus Anlaß der Beschlagnahme einiger staatlicher Bergwerke gestern um 4 Uhr eine Sitzung abgehalten, in der beschlossen wurde, eine Kommission, die aus vier Arbeitern und einem Angestellten besteht, am Sonnabend zu General Degoutte zu entsenden. Die Kommission soll den in einer Entschließung niedergelegten Protest gegen den französisch-belgischen Gewaltakt zur Kenntnis bringen und die sofortige Freilassung der verhafteten Beamten und Angestellten, die Entfernung der Truppen von den Zechen und die Aufhebung der Beschlagnahme fordern. Die Entschließung soll in sehr scharfem Tone gehalten sein. Der Gesamtbetriebsrat behält sich alle weiteren Schritte für den Fall der Ablehnung der Forderungen vor.

Auf Grube „Bergmannsglück“ ist die Kohlenexpedition besetzt, der Expedient abgeführt worden. Der verhaftete Kohlenexpedient auf „Westerhold“ hat die Erlaubnis erhalten, um 6 Uhr abends nach Hause zu gehen, muß sich aber zur Verfügung der Besatzungstruppen halten. In der Gegend von Buer sind neue Truppen, Infanterie, Kavallerie und Artillerie, darunter eine Abteilung mit acht Haubitzen, eingetroffen. Bei Herne wurde ein Kohlenzug mit 49 Wagen angehalten.

Essen, 19. Januar. (Eca.)

Wie wir hören, sind die Belegschaften der Möller-Schächte in Buer, die zu den Staatsbergwerken gehören, in Streik getreten und wollen darin verharren, bis die Franzosen die verhafteten Direktoren und Angestellten wieder freigelassen und die Besatzung von den Schächten zurückgezogen haben. Auf dem der Guten-Hoffnungshütte in Sterkrade gehörenden Schacht ist ebenfalls die Belegschaft in Streik getreten und verlangt die

Schnelldienst

Die Funktionäre der Berliner Metallarbeiter nahmen den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums an. Damit ist die Streikgefahr in der Berliner Metallindustrie beseitigt.

Eine Arbeiterdelegation der Staatsgruben wird heute bei Degoutte gegen Verhaftungen, Besetzung und Beschlagnahme protestieren.

Nach zuverlässigen Schätzungen beträgt die Zahl der französischen Truppen im Ruhrgebiet mindestens 100 000 Mann.

Minister Dr. Hermes hat an Dr. Schlutius ein Anerkennungstelegramm gerichtet.

Die Essener Besatzungsbehörden durchschnüffeln und verzögern Postsendungen.

Marschall Foch wird für heute in Essen erwartet.

In Solingen und anderen Industriestädten macht sich ein fühlbarer Kohlenmangel bemerkbar.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags wurden gestern die Verhandlungen über die Krankenkassen fortgesetzt.

Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten wurde das Beamtenrätegesetz in zweiter Lesung erledigt.

Vom 1. Februar ab beginnt der direkte Bahnverkehr ohne Umsteigen zwischen Riga und Moskau.

Dr. Fritjof Nansen hat Kristiania verlassen, um nach Rußland zu reisen. Er will dort mit der Sowjetregierung über die Frage der Hungerhilfe im weiteren Verlauf dieses Winters beraten.

Im Gouvernement Saratow an der Wolga sind 50 000 Hungernde festgestellt.

Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich gestern mit dem Gesetzentwurf über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen.

Die Differenzen zwischen den Aerzten und den Eisenbahnbetriebs-Krankenkassen sind behoben.

Eine in Berlin zusammengestellte chinesische Delegation verläßt heute Berlin, um nach Moskau zu reisen.

Der Staatsgerichtshof in Leipzig hat das Verbot und die Auflösung des Nationalverbandes deutscher Offiziere, Landesverband Sachsen, im Beschwerdewege aufgehoben.

Der preußische Staatsrat erledigte eine Anzahl kleiner Vorlagen.

Dollar: New-Yorker Parität 16 393

Kampf dem Wucher!

Die Regierung ist zu rücksichtslos scharfem Einschreiten entschlossen — Gegen die Warenverheimlichung

Die Reichsregierung macht bekannt, daß sie gegen diejenigen, die die Not des Volkes in dieser Zeit wucherisch auszunutzen trachten, in aller Schärfe vorgehen wird. Zuchthaus, Geldstrafe in unbeschränkter Höhe, Ehrverlust, Polizeiaufsicht, Untersagung des Handelsbetriebs, Einziehung der Waren und des wucherischen Gewinns sowie Brandmarkung des Täters durch Urteilsveröffentlichung sind vorgesehen. Auch die Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs fällt unter diese Strafdrohungen. Unabhängig vom Strafverfahren können Waren, die zurückgehalten werden, enteignet und der Allgemeinheit zugeführt werden. Unzuverlässige Personen können vom Handel ausgeschlossen werden. Die Reichsregierung ist mit den Landesregierungen in dem Willen einig, jede wucherische Ausbeutung der gegenwärtigen Notlage von dem Volk mit aller Kraft abzuwehren.

Das Vorgehen gegen die Reichsbankstellen

Frankfurt a. M., 19. Januar. (W. T. B.)

Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge sind auch die Reichsbankstellen in Worms und Trier beschlagnahmt, so daß offenbar ein einheitliches gewaltsames Vorgehen in dem ganzen von den Franzosen besetzten Gebiet anzunehmen ist.

Köln, 19. Januar. (Eca.)

Die Reichsbankstellen in Mainz und Bonn, die heute vormittag wegen einschneidender Maßnahmen der Franzosen ihre Schalter geschlossen hatten, sind inzwischen wieder geöffnet worden. Die Schließung der Banken hat in beiden Fällen etwa zwei Stunden gedauert.